

Die Europäische Union und Russland

Katrin Böttger*

Aufgrund der divergierenden Positionen der Europäischen Union und Russlands, nicht nur mit Blick auf die Ukrainekrise, sondern auch auf den Bürgerkrieg in Syrien, befinden sich ihre Beziehungen weiterhin in einem Tief. So war das Treffen zwischen dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und dem russischen Präsidenten Vladimir Putin beim St. Petersburg International Forum vom 16. Juni 2016¹ das erste zwischen Putin und einem EU-Politiker seit der Verhängung von Sanktionen seitens der Europäischen Union gegen Russland im Jahr 2014. Es traf in den EU-eigenen Reihen, insbesondere bei osteuropäischen und baltischen Regierungen, aber auch bei Abgeordneten von Junckers Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) und seinen Mitarbeitern auf Unverständnis. Wichtigster Grund hierfür ist die Annexion der Krim und die weiterhin fehlende Umsetzung der Bestimmungen des Minsk II-Abkommens durch Russland. Letztere nannte auch Juncker als Bedingung für die Aufhebung von Sanktionen gegenüber Russland.² Künftig wollen Juncker und Putin engen Kontakt halten, um die bilateralen Beziehungen wieder zu verbessern.³

In der Global Strategy der Europäischen Union vom Juni 2016 wird Russland als zentrale Herausforderung für die Sicherheit in Europa konkret benannt.⁴ Ziel ist deshalb die Stärkung der Europäischen Union bei gleichzeitiger Anerkennung der Interdependenz zwischen der Europäischen Union und Russland, sodass bei überlappenden Interessen kooperiert werden kann.⁵

Sanktionen

Nachdem die Europäische Union erstmals am 6. März 2014 im Zusammenhang mit dem geplanten Referendum zur Unabhängigkeit der Krim Sanktionen gegenüber Russland verhängte, umfasste die Liste der sogenannten ‚restriktiven Maßnahmen‘ zeitweilig bis zu 151 Personen und 37 Unternehmen.⁶ Bei der Verlängerung der personenbezogenen Sanktionen am 10. März 2016 bis zum 15. September 2016 wurde diese Liste allerdings auf 46 Personen und elf Organisationen gekürzt.⁷ Die Krim-Sanktionen wurden am 17. Juni 2016 um ein weiteres Jahr bis zum 23. Juni 2017 verlängert, die sektoralen Wirtschaftssanktio-

* Die Autorin dankt Bastian Hennigfeld für seine Zuarbeit.

1 Jorge Valero: Juncker restarts dialogue with Putin on the eve of sanctions renewal, in: EurActiv.com, 16.6.2016.

2 Jorge Valero: Juncker, Putin vow to keep ‘close contacts’ after bilateral freeze, in: EurActiv.com, 17.6.2016.

3 Valero: Juncker, Putin vow to keep ‘close contacts’ after bilateral freeze, 2016.

4 European Union: Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union’s Foreign And Security Policy, 6/2016, S. 33.

5 European Union: A Global Strategy for the European Union’s Foreign And Security Policy, 2016, S. 33.

6 Europäische Union Nachrichten: EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine, 2014, abrufbar unter: http://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu_sanctions/index_de.htm (letzter Zugriff: 3.9.2016).

nen am 1. Juli 2016 um ein halbes Jahr bis zum 21. Januar 2017.⁸ Geknüpft sind die Sanktionen an die Umsetzung des Minsk II-Abkommens,⁹ die weiterhin stockt. Grund hierfür ist vor allem die mangelnde Akzeptanz des Abkommens auf beiden Seiten. Somit sind substantielle Fortschritte in der Umsetzung gegenwärtig nicht zu erwarten, Alternativen zu dem Abkommen liegen aber auch nicht auf dem Tisch.

Auch Russland hat seine Gegensanktionen am 29. Juni 2016 um 18 Monate bis zum 31. Dezember 2017 verlängert. Die Lebensmittelsanktionen wurden am 27. Mai 2016 hingegen gelockert und erlauben nun zum Beispiel die Einfuhr bestimmter Waren zur Weiterverarbeitung als Kindernahrung.¹⁰

Öffentliche Debatte in Deutschland

Die öffentliche Meinung in Deutschland zu Russland scheint weiterhin in zwei Meinungs-lager gespalten.¹¹ So nimmt der Wunsch nach einer Lockerung der Sanktionen gegen Russland laut ZDF-Politbarometer vom Juni 2016 zu.¹² Gegenüber Februar 2016 sprechen sich nun 40 Prozent statt 33 Prozent für eine Lockerung der Sanktionen aus, wobei es sich schwerpunktmäßig um Wählerinnen und Wähler der Parteien Die Linke und der Alternative für Deutschland (AfD) handelt. 29 Prozent anstatt 40 Prozent votierten für eine Beibehaltung der Sanktionen. Jedoch steigt auch die Zustimmung für eine Verschärfung der Sanktionen von 21 Prozent auf 24 Prozent leicht an.

Obwohl die gegenwärtige Politik Russlands von 50 Prozent der Befragten als ernsthafte Bedrohung für die zum NATO-Bündnis gehörenden baltischen Staaten und Polen gesehen wird, ist immer noch eine knappe Mehrheit der Deutschen gegen die Bereitstellung von NATO-Truppen in Osteuropa.¹³ Eine große Mehrheit der Deutschen (88 Prozent) spricht sich zudem für den Versuch eines stärkeren Dialogs mit Russland aus.¹⁴ Gleichzeitig sind 72 Prozent der Deutschen der Auffassung, dass man Russland nicht vertrauen kann, wie auch Stefan Meister argumentiert.¹⁵

7 Germany Trade & Invest: GTAI Special – Russland Sanktionen. Zeitlicher Ablauf der Sanktionen, 5.7.2016, abrufbar unter: <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Dossiers/russland-sanktionen,t=11-zeitlicher-ablauf-der-sanktionen,did=1256404.html> (letzter Zugriff: 4.8.2016).

8 Germany Trade & Invest: Russland Sanktionen, 2016.

9 Siehe hierzu Katrin Böttger: Die Europäische Union und die Staaten der Östlichen Partnerschaft in diesem Buch.

10 Germany Trade & Invest: Russland Sanktionen, 2016.

11 Siehe hierzu auch Katrin Böttger: Die Europäische Union und Russland, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels: Jahrbuch der Europäischen Integration 2015, Baden-Baden 2015, S. 339-342.

12 ZDF: Politbarometer. Für Deutsche überwiegen die Vorteile der EU, 24.6.2016, abrufbar unter: <http://www.heute.de/politbarometer-fuer-deutsche-ueberwiegen-die-vorteile-der-eu-44108648.html> (letzter Zugriff: 5.8.2016).

13 ZDF: Politbarometer. Terrorangst: Jeder Zehnte ändert Urlaubspläne, 8.7.2016, abrufbar unter: <http://www.heute.de/zdf-politbarometer-terrorangst-jeder-zehnte-aendert-urlaubsplaene-44313140.html#> (letzter Zugriff: 5.8.2016).

14 Die Welt: Umfragen: Deutsche sehen Verstärkung der Nato-Truppen in Osteuropa skeptisch, 8.7.2016, abrufbar unter: <http://www.welt.de/newsticker/news1/article156895601/Umfragen-Deutsche-sehen-Verstaerkung-der-Nato-Truppen-in-Osteuropa-skeptisch.html> (letzter Zugriff: 5.8.2016); Julian Rohrer: Gegen die EU, Deutschland und Merkel. Osteuropa-Experte Meister: „Moskau geht zum Angriff über“, in: Focus Online, 26.2.2016.

15 Die Welt: Umfragen: Deutsche sehen Verstärkung der Nato-Truppen in Osteuropa skeptisch, 2016.

Viel, aber meist nur oberflächlich diskutiert, ist das Thema russische Medienarbeit im Ausland,¹⁶ meist unter dem Stichwort ‚Russische Propaganda‘. Konkrete Zahlen oder Informationen werden jedoch seltener genannt. Die wichtigsten Medien sind der Fernsehsender RT Deutsch und das Medienportal Sputnik International, das vom RIA-Novosti-Nachfolger Rossija Segodnja (Russland heute) gegründet wurde und die Webseite Sputnik Deutschland betreibt.¹⁷ Auffällig ist, dass beide erst im Verlauf der Ukraine Krise ihre Arbeit in Deutschland aufnahmen.¹⁸

Die innenpolitische Entwicklung in Russland

Am 13. September 2015 wurden in vielen russischen Regionen Gouverneurs- und Kommunalwahlen abgehalten. In allen 21 Wahlen für Spitzenämter wurden die Kandidaten von der Partei Einiges Russland gewählt.¹⁹ Oppositionelle Kandidaten insbesondere der ‚nichtsystemischen Opposition‘, das heißt der liberalen und demokratischen Parteien scheiterten bei den Wahlen zu den Regional- und Kommunalparlamenten meist an der Fünf-Prozent-Hürde und waren im Vorfeld der Wahl behindert worden.²⁰ Die Wahlbeobachtungsorganisation Golos berichtete im Nachgang, dass in der Hälfte der Regionen das regionale Wahlrecht erst weniger als vier Wochen vor der Wahl verabschiedet wurde.²¹ Das föderale Wahlrecht wurde im Gegensatz zu früheren Jahren hingegen nicht verändert.

Die Zustimmungsraten zu Wladimir Putin sind weiterhin auf hohem Niveau stabil, sie lagen zuletzt bei 82 Prozent.²² Schlagzeilen machte auch in Deutschland die Entscheidung, dass das über Russlands Grenzen hinaus bekannte und renommierte Meinungsforschungsinstitut Levada nun, wie auch viele andere Institute, den Zusatz ‚ausländischer Agent‘ führen muss. Dieses Beispiel verdeutlicht die zunehmenden Schwierigkeiten insbesondere der politisch aktiven Zivilgesellschaft, zu agieren²³ bis hin zur Gefährdung ihrer Existenz.²⁴ Für die am 18. September 2016 stattfindenden Parlamentswahlen werden keine großen Überraschungen erwartet.

16 Russland Analysen: Russlands Medienarbeit im Ausland, 3.6.2016, abrufbar unter: <http://laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen317.pdf> (letzter Zugriff: 21.9.2016).

17 Susanne Spahn: Das Ukraine-Bild in Deutschland: Die Rolle der russischen Medien. Wie Russland die öffentliche Meinung in Deutschland beeinflusst, in: Russland Analysen 6/2016, abrufbar unter: <http://laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen317.pdf> (letzter Zugriff: 21.9.2016).

18 Dmitri Stratievski: Die Wirkung der Staatsmedien Russlands in Deutschland: Genese, Ziele, Einflussmöglichkeiten, in: Russland Analysen 6/2016, abrufbar unter: <http://laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen317.pdf> (letzter Zugriff: 21.9.2016).

19 Hans-Henning Schröder: Langweilig, vorhersehbar und inhaltsleer, in: Russland Analysen 9/2015, abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen301.pdf> (letzter Zugriff: 13.10.2016), S. 2.

20 Hans-Henning Schröder: Langweilig, vorhersehbar und inhaltsleer, 2016, S. 2.

21 Russland Analyse: Nationaler Wahltag, in: Russland Analysen, 9/2015, abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen301.pdf> (letzter Zugriff: 13.10.2016), S. 4.

22 Levada-Center: From Opinion to Understanding, abrufbar unter: <http://www.levada.ru/en/> (letzter Zugriff: 21.9.2016).

23 Konstantin Kehl/Benjamin Kummer/Volke Then: Wie kann die russische Zivilgesellschaft in unruhigen Zeiten unterstützt werden? Antworten aus einer Stakeholder-Befragung, in: Russland Analysen 5/2015, S. 8.

24 Development of Civic Activism Athwart: Russian NGOs after the Law on „Foreign Agents“, 26.5.2016, abrufbar unter: <http://eu-russia-csf.org/> (letzter Zugriff: 9.11.2016).

Fazit und Ausblick

Eine hochwertige Wiederbelebung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland scheint nach wie vor in weiter Ferne zu liegen. Die Ukrainekrise ist im letzten Jahr einer Lösung kaum näher gekommen. Für die Europäische Union ist geschlossenes Agieren gegenüber Russland ein vorrangiges Ziel.²⁵ Dies ist im Verlauf der Ukraine-Krise und insbesondere in Bezug auf die Sanktionen in bemerkenswerter Weise gelungen. Dennoch bleiben die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland zentral, nicht nur für die Entwicklung auf dem europäischen Kontinent, sondern auch für die Lösung zahlreicher außenpolitischer Konflikte, für die der Bürgerkrieg in Syrien nur ein Beispiel ist. Ein erster Schritt in diese Richtung war der erste NATO-Russland-Rat, der nach zwei Jahren Pause erstmals im April 2016 wieder tagte, jedoch an den tiefen und anhaltenden Unstimmigkeiten zwischen den beiden Akteuren nichts zu ändern vermochte.

Weiterführende Literatur

Katrin Böttger: Die EU-Russland-Beziehungen: Rückblick und Ausblick im Zeichen der Ukraine-Krise, in: *integration* 3/2015, S. 204-213.

Hiski Haukkala: From Cooperative to Contested Europe? The Conflict in Ukraine as a Culmination of a Long-Term Crisis in EU-Russia Relations, in: *Journal of Contemporary European Studies*, 1/2015, S. 25-40.

Periodika

Russland Analysen, Bremen.

25 European Union: Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy, 6/2016, S. 33.